

Kennzahlen Kanton Basel-Stadt

Beilage 1

in Mio. Franken	2021	2022	2023	Abweichung
	Rechnung	Budget	Budget	B23/B22
Erfolgsrechnung				
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-3'005.0	-3'093.6	-3'175.3	-2.6%
Nicht zweckgebundenes Betriebsergebnis	3'197.4	3'063.7	3'210.8	4.8%
Abschreibungen	-227.5	-219.8	-230.4	-4.8%
Betriebsergebnis	-35.2	-249.7	-194.8	22.0%
Finanzaufwand	-162.5	-99.9	-99.7	0.2%
Finanzertrag	412.8	338.6	360.5	6.5%
Finanzergebnis	250.3	238.7	260.8	9.2%
Gesamtergebnis	215.2	-11.0	66.0	>100.0%
Investitionsrechnung				
Investitionsausgaben	-325.2	-431.0	-440.9	-2.3%
Investitionseinnahmen	51.7	21.6	21.2	-2.0%
Saldo Investitionsrechnung	-273.5	-409.4	-419.7	-2.5%
Kennzahlen				
Finanzierungssaldo	178.9	-188.5	-110.4	41.4%
Selbstfinanzierungsgrad	165.4%	54.0%	73.7%	19.7 PP
Nettoschulden	59.4	-129.1	-239.5	-85.5%
Nettoschuldenquote in Promille nominales BIP Schweiz	-0.1‰	0.2‰	0.3‰	0.1 PP
Volkswirtschaftliche Referenzgrössen				
Wachstum reales Bruttoinlandsprodukt Basel-Stadt	3.4%	3.6%	2.8%	
Teuerung	0.0%	1.3%	2.1%	
Zinssätze langfristig	0.0%	-0.1%	0.9%	
Arbeitslosenquote Basel-Stadt	3.8%	-	-	
Bevölkerungswachstum Basel-Stadt	-0.1%	0.5%	0.4%	

* Beim Budget 2022 sind die Nachtragskredite und Budgetpostulate im Umfang von 72.3 Mio. Franken berücksichtigt. Der Grosse Rat hat im Dezember 2021 das Budget 2022 mit einem Gesamtergebnis von 61.4 Mio. Franken verabschiedet.

Bemerkungen

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget des Vorjahres erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Betriebsergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis und Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen vom und an den Bund enthalten.

Das **Zweckgebundene Betriebsergebnis** verschlechtert sich gegenüber dem Budget des Vorjahres um 81.6 Mio. Franken. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

Entlastungen:

- Der Grosse Rat hat für das Budget 2022 einen Nachtragskredit in Höhe von 31.9 Mio. Franken für die Abgeltung der Covid-19 Mehrkosten und Vorhalteleistungen der Spitäler, Pflegeheime und Spitexanbieter beschlossen. Im Budget 2023 sind hierfür keine finanziellen Mittel mehr eingestellt.
- Für die Deckung des Defizites 2021 bei der BVB aufgrund der Auswirkungen von Covid-19 hat der Grosse Rat einen Nachtragskredit für das Jahr 2022 in Höhe von 12.2 Mio. Franken bewilligt. Die höheren Aufwendungen der BVB im Budget 2023 sind bei den Belastungen separat begründet.
- Die Auswirkungen der Pandemie auf die Entwicklung der Zahlfälle in der allgemeinen Sozialhilfe wurde für die Jahre 2021/2022 deutlich überschätzt. Die vorgelagerten Leistungen und die schnelle Erholung auf dem Arbeitsmarkt führten dazu, dass die Zahlfälle nicht wie prognostiziert deutlich zunahmten, sondern sogar weiter rückläufig waren. Im Budget 2023 erfolgt deshalb eine Korrektur der Zahlfälle, was zu einem Ausgabenrückgang von 9.1 Mio. Franken führt.
- Die interkantonale Vereinbarung zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung (WFV) bezweckt die Förderung der ärztlichen Weiterbildung und sieht eine finanzielle Beteiligung aller Kantone an der ärztlichen Weiterbildung vor. Aufgrund des hohen Engagements bei der ärztlichen Weiterbildung erhält der Kanton Basel-Stadt voraussichtlich einen Betrag von 6.5 Mio. Franken. Diese Ausgleichszahlungen fliessen zum ersten Mal im Jahr 2023.
- Der Grosse Rat hat für das Jahr 2022 einen Nachtragskredit in Höhe von 15 Mio. Franken für Mehrausgaben für Testen und Impfungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie beschlossen. Davon waren 10.5 Mio. Franken für die Impfungen budgetiert. Die Kosten für das Impfen im Jahr 2023 werden auf 4.4 Mio. Franken geschätzt. Diese Kosten beruhen auf den Annahmen, dass Booster für 65+ und Risikopersonen verimpft werden und dass noch keine Einzelvials zur Verfügung stehen, so dass ein Impfzentrum light das ganze Jahr über in Betrieb bleiben muss. Im Jahresvergleich sinken die Ausgaben für die Impfungen somit um 6.1 Mio. Franken.
- Im Budget 2022 waren für Covid-19- Massentests 5.5 Mio. Franken eingestellt. Vom Nachtragskredit 2022 für Testen und Impfen in Höhe von insgesamt 15 Mio. Franken waren 3.2 Mio. Franken für das Testen reserviert. Für das Jahr 2023 wurden im Budget Mittel von 3.5 Mio. Franken eingestellt. Dabei wurde angenommen, dass die Fallzahlen im Winter 2022/2023 wieder höher ausfallen und das Testangebot für Schulen bis Ende März 2023 und jenes für systemrelevante Betriebe bis Juni 2023 bestehen bleibt. Im Budget 2023 sind somit für das Testen 5.2 Mio. Franken weniger eingestellt als im Budget 2022.
- Für das Jahr 2022 hat der Grosse Rat einen Nachtragskredit in Höhe von 4.9 Mio. Franken für die Durchführung des 125 Jahre Zionistenkongresses bewilligt.
- Für Mehrausgaben für das Contact Tracing Covid-19 hat der Grosse Rat einen Nachtragskredit für das Jahr 2022 in Höhe von 4.8 Mio. Franken gewährt.
- Der Rückgang an Pflegeheimenintritten wirkt sich kostensenkend auf die Ergänzungsleistungen für Pflegeheimbewohnende aus. Die im Jahr 2021 in Kraft getretene EL-Reform hat zusätzlich eine Reduktion von rund 10% bei der Anzahl der EL-Bezüger zur Folge. Im Vergleich zum Budget 2022 wird ein um 4.0 Mio. Franken tieferer Betrag in diesem Bereich budgetiert.
- Die befristet bewilligten Aufwendungen 2022 für Rückbauten und Schadstoffsanierungen in Höhe von 3.2 Mio. Franken fallen weg.

- Bei den Prämienverbilligungen wird von Minderaufwendungen in Höhe von rund 2.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2022 gerechnet. Dies ist auf folgende Ursachen zurückzuführen: Die im Vorjahr zu hoch prognostizierten Krankenkassenprämien führen zu tieferen Ausgaben von rund 8.5 Mio. Franken im Budget 2023. Prämien erhöhungen und höhere erwartete Fallzahlen für 2023 sind für Mehraufwendungen von 7.9 Mio. Franken verantwortlich. Die restliche Differenz ist auf einen Minderaufwand bei der Reform der Ergänzungsleistungen, Mehrkosten für die Änderung bei den Ausbildungsbeiträgen und Minderausgaben für die Abgeltung für uneinbringliche Krankenkassenprämien zurückzuführen.
- Durch den Rückgang an gekauften U-Abos fallen die Subventionen um 1.9 Mio. Franken tiefer aus als im Budget 2022.
- Gegenüber der Budgetierung 2022 geht das Bildungszentrum für Gesundheit von höheren Einnahmen aufgrund steigender Studierendenzahlen aus. Auch sonst werden für das Schuljahr 2022/2023 mehr Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen erwartet. Die Einnahmen aus Schulabkommen sollten sich im Vergleich zum Budget 2023 um rund 1.5 Mio. Franken erhöhen.
- Die Finanzkommission hat für das Jahr 2022 einen dringlichen Nachtragskredit für die Lieferung von medizinischem Schutzmaterial an die Ukraine bewilligt. Diese Ausgaben fallen im Jahr 2023 nicht mehr an (1.5 Mio. Fr.).
- Vom Nachtragskredit 2022 für Mehrausgaben für Impfungen und Testen im Rahmen von Covid-19 (15 Mio. Fr.) waren 1.3 Mio. Franken für Schutzmaterialien und Dienstleistungen im Rahmen der Pandemiebekämpfung vorgesehen. Diese einmaligen Ausgaben sind im Budget 2023 nicht mehr eingestellt.

Belastungen:

- Die für das Jahr 2023 relevante Jahresteuern 2022 wird auf 2.1% geschätzt. Für den Teuerungsausgleich auf Löhnen und auf bestimmten Staatsbeiträgen wurde deshalb ein Betrag von 33.6 Mio. Franken im Budget 2023 eingestellt.
- Im Bereich Migration der Sozialhilfe wurde das Budget aufgrund des Ukraine-Krieges um 22.0 Mio. Franken erhöht. Die Kosten wurden anhand der Schätzungen des Staatssekretariats für Migration, des geltenden Verteilschlüssels (Anteil BS 2.3%) und der dynamischen Ressourcensteuerung berechnet.
- Die Nachfrage im Ortsverkehr ist weiterhin tief. Dies führt zu einem Einnahmeausfall bei der BVB in Höhe von 7.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2022. Beim regionalen Personenverkehr (RPV) werden insgesamt Mindereinnahmen von rund 3.5 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2022 erwartet. Bei den Linien BLT und AAGL wird die Abgeltungsrechnung rund 1.4 Mio. Franken tiefer erwartet. Bei den RPV-Linien der BVB wird von einem Rückgang von 2.1 Mio. Franken ausgegangen. Das Globalbudget öffentlicher Verkehr wird aufgrund von Einnahmefällen insgesamt um 10.5 Mio. Franken erhöht.
- Das Globalbudget der BVB wurde im Zusammenhang mit der Beschaffung von Elektrobussen und dem Neubau der Garage Rank gegenüber dem Budget 2022 - entsprechend dem Projektfortschritt und den Ausführungen im Ratschlag - um 8.9 Mio. Franken angepasst.
- Der Ukraine Krieg führt im Schulbereich zu Mehrkosten von rund 8.8 Mio. Franken. Die erwarteten Schülerinnen und Schüler wurden anhand von Schätzungen des Bundes abgeleitet. Aufgrund dieser Anzahl konnten die Anzahl der notwendigen zusätzlichen Unterrichtslektionen und entsprechend Lehrpersonen sowie der zusätzliche Sachaufwand

berechnet werden. Mehrkosten für verstärkte Massnahmen sind in diesem Betrag ebenfalls berücksichtigt.

- Die Mehrausgaben von 7.4 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2022 bei den Ergänzungsleistungen sind vor allem auf folgende Effekte zurückzuführen: Mehrkosten wegen Fallzunahmen von 4.8 Mio. Franken, Mehrkosten wegen Preiseffekten (teurere Leistungen) von 8.0 Mio. Franken, Mehrkosten wegen der Reform der Ergänzungsleistungen von 3.0 Mio. Franken, Mehrkosten von 1.2 Mio. Franken wegen der Erneuerung des Leistungsauftrages zur pflegerischen Spitex sowie Mehreinnahmen von 10.0 Mio. Franken bei der Kostenbeteiligung durch den Bund.
- Das Budget für den Unterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen fällt im Vergleich zum Budget 2022 um 7.0 Mio. Franken höher aus. Davon sind 5.0 Mio. Franken auf die Übernahme der Unterhaltungspflicht für die Liegenschaften der Universität zurückzuführen. Dies wurde zwischen der Universität und den Trägerkantonen vereinbart. Die steigenden Energiepreise sind für die restliche Erhöhung verantwortlich.
- Das Angebot für Kinder mit verstärkten Massnahmen wird im Vergleich zum Budget 2022 ausgebaut (6.5 Mio. Fr.).
- Die Aufwendungen für die Kinder- und Jugendhilfe erhöhen sich im Jahresvergleich um 5.7 Mio. Franken. Insbesondere die demographische Entwicklung, Mehrkosten beim Pflegegeld und neue Tagessätze bei den stationären Angeboten sind für diese Entwicklung verantwortlich.
- Insbesondere um Kaufkraftverluste auszugleichen, werden die Aufwendungen für die Familienmietzinsbeiträge um 5.0 Mio. Franken höher budgetiert.
- Für die Umsetzung der Motion Pfister betreffend Corona-Härtefallunterstützung für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen werden rund 4.9 Mio. Franken ins Budget 2023 eingestellt.
- Als Folge des Rückgangs bei den Pflegeheimenritten wurde in den letzten beiden Jahren eine starke Erhöhung der Spitexleistungen verzeichnet. Im Jahr 2022 wird mit einer deutlichen Budgetüberschreitung gerechnet. Im Budget 2023 ist deshalb eine Erhöhung von 3.1 Mio. Franken für die Spitex-Restfinanzierung vorgesehen.
- Bei der Staatsanwaltschaft wird mit einem Rückgang der Urteilsgebühren und Bussen von rund 2.8 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2022 gerechnet.
- Die Ausgaben für die Tagesbetreuung und die Tagesstrukturen steigen im Jahresvergleich um rund 2.6 Mio. Franken an. Während bei den Tagesstrukturen insbesondere der weitere Ausbau für die Mehrkosten verantwortlich ist, orientiert sich der Mehrbedarf in der Tagesbetreuung am Rechnungsabschluss 2021, dem Mehrbedarf für das neue Tagesbetreuungsgesetz per 2022 sowie einem moderaten Anstieg der Fallzahlen.
- Im Bereich IT Infrastruktur ist mit Mehraufwendungen von rund 2.3 Mio. Franken zu rechnen. Auch bei den bestehenden Plattformservice wird mit Mehrkosten gerechnet (gestiegene Preise, höhere Compliance Anforderungen, Volumenentwicklung).
- Steigende Schülerzahlen an den Volksschulen führen zu Mehraufwendungen von rund 2.2 Mio. Franken (ohne Kosten Ukraine).
- Für die restauratorische und konservatorische Behandlung der von «Tintenfrass» bedrohten Handschriften-Bestände der Universitätsbibliothek wurden 2.1 Mio. Franken ins Budget 2023 aufgenommen. Für die erste Projektlaufzeit von vier Jahren wird mit Kosten von rund 7.1 Mio. Franken gerechnet.
- Zwecks Koordination der Digitalisierungsvorhaben in der kantonalen Verwaltung soll eine gesamtkantonale Strategie erarbeitet werden. Hierfür wurden für erste Massnahmen 2.2

Mio. Franken ins Budget 2022 aufgenommen. Für weitere Massnahmen wurde im Budget 2023 zusätzliche 2.0 Mio. Franken eingestellt.

- Bei IT BS wird das Personal in verschiedenen Bereichen aufgestockt. Dies führt zu Mehraufwendungen von 1.9 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2022.
- Das Globalbudget des Naturhistorischen Museums Basel wird insbesondere aufgrund der Betriebsanalyse und dem Vorbezug von bereits bewilligten Stellen für den Neubau um 1.9 Mio. Franken erhöht.
- Für die Entlastung des Personals in der Intensivmedizin aufgrund von Covid-19 soll das USB mit 1.7 Mio. Franken unterstützt werden.
- Die Umsetzung eines schrittweisen Ausbaus des Spätangebots im ÖV-Programm wird von der UVEK mittels eines vorgezogenem Budgetpostulat für das Jahr 2023 gefordert. In einem ersten Schritt soll ein Teil der Linien verdichtet werden (+1.5 Mio. Fr.). Deshalb wird die Hälfte der im Budgetpostulat geforderten 3.0 Mio. Franken im Budget 2023 eingestellt.
- Im Vergleich zum Budget 2022 werden 2023 für den Baustellenersatzverkehr der BVB rund 1.4 Mio. Franken mehr Mittel benötigt.
- Die Einnahmen aus Abwassergebühren werden an die Vorjahreswerte angepasst (-1.4 Mio. Franken).
- Bei der Kantonspolizei werden für den Aufbau des Bedrohungsmanagements und die Unterfinanzierung des Polizeikorps zusätzliche finanzielle Mittel von rund 1.4 Mio. Franken benötigt.
- Der Globalbeitrag an die Universität erhöht sich im Vergleich zum Budget 2022 um 1.3 Mio. Franken. Gemäss Teilrevision des Universitätsvertrags ist für das Jahr 2023 erstmalig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mitberücksichtigt.
- Für das Projekt Einführung Microsoft 365 (Public Cloud Lösung) werden im Jahr 2023 finanzielle Mittel von rund 1.3 Mio. Franken benötigt.
- Der Grosse Rat hat dem Bericht des Regierungsrats «Kantonale Volksinitiative Aktive Balser Jugendkultur stärken: Trinkgeldinitiative» zugestimmt. Der Ausbau von insgesamt rund 3.1 Mio. Franken erfolgt in drei Schritten. Nachdem im Budget 2022 1 Mio. Franken eingestellt wurde, ist im Budget 2023 die zweite Tranche von 1.1 Mio. Franken vorgesehen.
- Beim Gesundheitsdepartement sind bei den Medizinischen Diensten für die neue Abteilung übertragbare Krankheiten, die Prävention, die Gefängnismedizin sowie das Bewilligungswesen insgesamt 1.1 Mio. Franken eingestellt.
- Aufgrund der Einführung der Einfachhaltstellen per Dezember 2021 werden zusätzliche Tramkurse nötig. Dies führt zu jährlichen Mehrkosten von rund 1.1 Mio. Franken.
- Die Einnahmen aus der Abwasserreinigung und Wassernutzung werden an die Rechnungswerte 2021 angepasst (-1.0 Mio. Fr.).

Das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** verbessert sich gegenüber dem Vorjahresbudget um 147.1 Mio. Franken. Dabei sind folgende Faktoren erwähnenswert:

Entlastungen:

- Das Bevölkerungswachstum, die Teuerung sowie das erwartete Wachstum sind für einen Anstieg in Höhe von 65.5 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr bei den Einkommensteuern verantwortlich.
- Aufgrund der Rechnung 2021 und des erwarteten Wachstums werden die Vermögenssteuern um 32.2 Mio. Franken höher budgetiert.

- Auch die Gewinn- und Kapitalsteuern werden aufgrund des erwarteten Wachstums um 24.0 Mio. Franken höher erwartet.
- Die Einnahmen bei den übrigen direkten Steuern (Grundstückgewinn-, Handänderungs- und Grundstücksteuer) hängen von einzelnen bedeutenden Fällen ab und schwanken daher über die Jahre stark. Bei diesen Steuerarten wird das Budget mittels der durchschnittlichen Erträge der letzten Jahre geschätzt. Im Vergleich zum Vorjahr führt dieses Vorgehen zu einem Anstieg der budgetierten Einnahmen in Höhe von 17.0 Mio. Franken. Auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern werden um 5.0 Mio. Franken höher budgetiert.
- Im Budget 2022 wurde ein Rückgang der Gewinnsteuern wegen Covid-19 von 20.0 Mio. Franken berücksichtigt. Für das Budget 2023 wird von keinen Steuerausfällen mehr ausgegangen. Dies führt zu einer Verbesserung des Budgets von um 20.0 Mio. Franken.
- Aufgrund von Steuerveranlagungen aus Vorjahren wird beim Anteil an der Direkten Bundessteuer ein Anstieg der Einnahmen im Vergleich zum Budget 2022 erwartet (12.4 Mio. Fr.).
- Im Budget 2022 wurde ein Rückgang der Einkommenssteuern wegen Covid-19 von 12.0 Mio. Franken berücksichtigt. Für das Budget 2023 wird von keinen Steuerausfällen mehr ausgegangen. Dies führt zu einer Verbesserung des Budgets um 12.0 Mio. Franken.
- Die Quellensteuern werden um 5.8 Mio. Franken höher budgetiert.
- Aufgrund der Meldung des Bundes wird der Anteil an der eidg. Verrechnungssteuer im Vergleich zum Budget 2022 um 1.1 Mio. Franken höher erwartet.

Belastungen:

- Der Kanton Basel-Stadt muss im Jahr 2023 einen um 44.2 Mio. Franken höheren Beitrag an den NFA leisten als noch im Jahr 2022. Das Ressourcenpotenzial pro Einwohner und der Ressourcenindex des Kantons Basel-Stadt sind von allen Kantonen am stärksten gewachsen. Der Ressourcenindex hat von 143.4 auf 153.1 zugenommen. Die Zunahme der Disparitäten zwischen ressourcenstarken und –schwachen Kantonen und das Wachstum des Ressourcenpotenzials führen zu einem Anstieg der Dotation des Ressourcenausgleichs und damit zu höheren Zahlungen der ressourcenstarken Kantone.
- Die Abnahme der Ausgleichszahlungen aus dem soziodemografischen Lastenausgleich um 3.7 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2022 ist auf Veränderungen bei den Sonderlasten der Bevölkerungsstruktur (Armut, Altersstruktur, Integration) zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen werden im Vergleich zum Vorjahresbudget um rund 10.6 Mio. Franken ansteigen. Dies ist auf die hohe Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren zurückzuführen.

Das **Finanzergebnis** fällt im Vergleich zum letztjährigen Budget um 22.1 Mio. Franken besser aus.

Entlastungen:

- Die Gewinnablieferungen der BKB (+6.5 Mio. Fr.) sowie der IWB (+14.6 Mio. Fr.) wurden an die Erfahrungszahlen aus den letzten Jahren angepasst.
- Die um 13.7 Mio. Franken höheren Liegenschaftserträge Finanzvermögen sind insbesondere auf das Portfolio Clara zurückzuführen.

- Der Aufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen fällt um 3.7 Mio. Franken tiefer aus. Tiefere werterhaltende Investitionen werden durch einen höheren laufenden Unterhalt teilweise kompensiert.

Belastungen:

- Die Aufwertung des Finanzvermögens aufgrund der Neubewertungen werden um rund 11.4 Mio. Franken tiefer geschätzt als im Budget 2022. Da im nächsten Jahr mit einer tieferen Werterhaltung gerechnet wird, ist auch die erwartete Wertänderung im Jahresvergleich tiefer.
- Es wird mit steigendem Zinsaufwand für die Schulden gerechnet (-4.0 Mio. Fr.). Die Refinanzierung der auslaufenden Anleihen wird zu höheren Zinssätzen erfolgen.
- Aufgrund der tiefen Belastungszinsen bei der Steuerverwaltung wird mit einem um 1.5 Mio. Franken tieferen Zinsertrag gerechnet.